



Verwendungseinschränkungen: Neues Verfahren trägt die Handschrift der GdP

Der Schock war groß, als im März 2015 nach vertraulichen Gesprächen mit den Gewerkschaften ein erster Erlassentwurf des Innenministeriums zum Umgang mit verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen in der Polizei bekannt wurde. Wäre dieser Erlass so Wirklichkeit geworden, wären die verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen massenhaft in PDU-Verfahren getrieben worden. Ohne jeden Schutz. Trotzdem kam von DPoIG und BDK nicht die Spur einer Kritik am geplanten Erlass. Schlimmer noch: Aus ihren Reihen wurde der Erlass als gut befunden und die GdP beschimpft, dessen Inkrafttreten verhindert zu haben.

Wie katastrophal die Auswirkungen des Erlassentwurfes für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen gewesen wären, zeigt ein Blick auf die geplanten Verschärfungen.

1. Auch nur vorübergehend verwendungseingeschränkte Polizistinnen und Polizisten sollten zwingend bereits nach **sechs Wochen** auf eine Polizeidienstunfähigkeit hin überprüft werden. Wer krankheitsbedingt gar nicht erst zum Dienst gekommen ist, sollte ebenfalls zwingend in das Verfahren zur Feststellung der Polizeidienstunfähigkeit geschickt werden. Allerdings erst nach drei Monaten.
2. Die besondere Regelung der Polizeidienstunfähigkeit (§116 LBG) sollte schlicht **ausgehebelt werden**, indem in einem ersten Schritt lediglich die allgemeine Dienstfähigkeit überprüft werden sollte. Im Ergebnis hätten Polizisten statt der für sie gesetzlich vorgesehenen **zwei Jahre** im Regelfall nur noch **sechs Monate** Zeit gehabt, um wieder dienstfähig zu werden. Wie fatal sich dieser Griff in die Trickkiste auswirkt, zeigt sich am Beispiel eines komplizierten Beinbruchs mit einer Genesungszeit von über sechs Monaten: Im Rahmen der Überprüfung der allgemeinen Dienstfähigkeit hätte der Polizeiarzt festgestellt, dass innerhalb der nächsten sechs Monate die allgemeine Dienstfähigkeit nicht gegeben ist. Da die Polizeidienstunfähigkeit nach der Lesart des Erlassentwurfes eine „allgemeine Dienstfähigkeit Plus“ darstellt, braucht die Behörde die be-

sonderen Voraussetzungen der Polizeidienstunfähigkeit gar nicht mehr zu prüfen, da schon die allgemeine Dienstunfähigkeit nach § 33 LBG festgestellt wurde. Das Ergebnis der Untersuchung: polizeidienstunfähig.

3. Der Erlassentwurf stellte vorrangig auf den Laufbahnwechsel als Maßnahme nach der Feststellung einer Polizeidienstunfähigkeit ab. Eine Weiterverwendung im Polizeidienst (Rechtsfolgenverzicht) wäre damit nicht mehr die Regel, sondern nur noch die Ausnahme geworden. PDU und raus! Das war die Philosophie des Entwurfs.

Die Folge: Die knapp 4500 zumindest zeitweise verwendungseingeschränkten Polizisten, die aktuell in der Polizei in NRW ihren Dienst versehen, wären in ein Verfahren gedrängt worden, mit dem sie aus dem Polizeivollzugsdienst entfernt werden sollen. Das durfte so nicht kommen! Deshalb hat die GdP sofort nach Kenntnis der Eckpunkte bei Innenminister Jäger interveniert und ihm deutlich gemacht, dass die GdP diesem Erlassentwurf im Polizeihauptpersonalrat niemals zustimmen wird. Der Erlass wurde daraufhin gestoppt und es wurden weitere Gespräche mit der GdP geführt.

Zwölf Monate später liegt das Ergebnis dieser Gespräche vor: Von den skizzierten Eckpunkten ist nichts mehr übrig. Eine Überprüfung der Dienstfähigkeit findet jetzt einheitlich frühestens nach drei Monaten krankheitsbedingter Abwesenheit oder Einschränkung im Dienst innerhalb eines halben Jahres

Personalratswahlen 06.–09. Juni 2016

Deine Stimme zählt!

Personalratswahlen 2016
Liste 2
Deine Stimme zählt

GdP. Gemeinsam stark.

Gewerkschaft der Polizei NRW

Nur noch wenige Tage, dann ist es soweit: Vom 6. bis 9. Juni entscheidet sich, wer in den kommenden vier Jahren die Interessen der Beschäftigten der Polizei gegenüber der Behördenleitung vor Ort und gegenüber dem Innenministerium vertreten wird. Dabei kommt es auf jede Stimme an. Denn nur starke Personalräte mit einer starken Gewerkschaft an ihrer Seite können wirklich etwas bewegen.

Deshalb tritt die GdP bei den Personalratswahlen mit einem starken Team an. Sie ist die einzige Gewerkschaft, die in allen 47 Kreispolizeibehörden in NRW, in den drei Landesoberbehörden der Polizei und an der Deutschen Hochschule der Polizei mit eigenen Kandidatinnen und Kandidaten antritt. Für eine starke Interessenvertretung für alle Beschäftigten der Polizei.

Deshalb: Liste 2 wählen!

statt. Handelt es sich um eine Erkrankung mit typischen Genesungsverläufen, wie dem eingangs erwähnten Beinbruch, ist in der Regel auch bei längeren Zeiträumen keine gesonderte Begut-

→ Seite 2



Sie können es nicht! Und sie wollen es nicht!



4500 Kolleginnen in ein PDU-Verfahren schicken und den größten Teil davon anschließend aus der Polizei werfen? Einfach nur so? Ex und hopp! Unglaublich ist das, aber genauso wäre es gekommen, wenn es nach der DPolG und dem BDK gegangen wäre. Denn beide hätten im März vergangenen Jahres einen vom Innenministerium vorgelegten Erlassentwurf zur Überprüfung der Polizeidienstfähigkeit am liebsten durchgewinkt. Schon deshalb, um endlich ein angeblich lästiges Thema vom Tisch zu bekommen!

Dass die vom Innenministerium angestrebte Lösung ausschließlich zulasten der im Dienst erkrankten Kolleginnen und Kollegen gegangen wäre, war ihnen dabei vollkommen egal. Selbst die Tatsache, dass im Dienst schwer verletzte Polizisten in Zukunft in PDU-Verfahren gedrängt worden wären, spielt für sie offensichtlich keine Rolle.

Das Beispiel zeigt, wie wichtig starke Personalräte bei der Polizei sind. Personalräte, die auch schwierige Situationen nicht nur durchschauen, sondern auch in der Lage sind, Lösungen zu entwickeln, die nicht zulasten der Kolleginnen und Kollegen gehen. Denn es war einzig und alleine die GdP, die durch ihren Widerstand verhindert hat, dass der skandalöse Erlassentwurf Wirklichkeit geworden ist. Wie so oft bei schwierigen Themen, wo von den anderen nichts kommt! Oder wo sie sich blind auf die Seite des Innenministeriums schlagen, statt die Kolleginnen und Kollegen zu schützen!

Deshalb steht bei der Personalratswahl vom 6. bis 9. Juni viel auf dem Spiel. Denn es geht um die Frage, wer in den kommenden vier Jahren die Interessen von Euch vertritt. Gegenüber der Behördenleitung vor Ort, aber auch gegenüber dem Innenministerium. Deshalb kommt es bei den Personalratswahlen auf jede Stimme an.

Liste 2 wählen! GdP. Gemeinsam stark.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

achtung durch den Polizeiarzt notwendig. Auch die Aushebelung der besonders geregelten Polizeidienstfähigkeit ist vom Tisch. Für die Genesung bekommen die Polizisten ohne Wenn und Aber volle zwei Jahre Zeit. Alles andere wäre für die GdP nicht akzeptabel gewesen. Der Gesetzgeber hat die Polizeidienstfähigkeit in § 116 LBG besonders definiert. Dazu gehört wegen der erhöhten Anforderungen auch ein längerer Genesungszeitraum. Dieser Zusammenhang darf nicht durch einen Erlass unterwandert werden. Auf der Seite der

Rechtsfolgen ist die Weiterverwendung im Polizeidienst im neuen Entwurf wieder das erste Mittel. Laufbahnwechsel oder Zuruhesetzung kommen erst dann in Frage, wenn eine Weiterverwendung definitiv ausgeschlossen ist. In Kombination mit einer erweiterten Suchpflicht der Behörden besteht auf Grundlage des neuen Erlassentwurfs wieder die Möglichkeit, verwendungseingeschränkte Polizisten mit ihrer Erfahrung und ihrem Wissen weiter in der Polizei zu halten, anstatt sie auszusortieren. Über 50 kommt der Laufbahn-

wechsel in der Regel nicht mehr in Frage. Auch wenn die Polizeidienstunfähigkeit die Folge eines Dienstunfalls ist, können Betroffene zukünftig darauf vertrauen, dass sie nicht in den Laufbahnwechsel gezwungen werden. Für die GdP sind gerade diese beiden Regelungen von zentraler Bedeutung für das Vertrauen in den Dienstherrn: Polizisten, die über Jahre hinweg ihre Gesundheit für den Dienstherrn aufs Spiel gesetzt haben, müssen darauf vertrauen können, dass ihr Dienstherr auch dann noch für sie einsteht, wenn sie nicht mehr hundertprozentig fit sind. Wäre es nach der DPolG und dem BDK gegangen, hätte das alles keine Rolle gespielt.



„Die DPolG und der Bdk haben in diesem Verfahren nicht nur die vereinbarte Vertraulichkeit gebrochen, sondern sie hätten die elementaren Schutzrechte unserer Kolleginnen und Kollegen leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Dieses Verhalten ist der eigentliche Skandal. Dies macht deutlich, dass sie nicht in der Lage sind, Probleme zu erkennen, zu lösen und unsere Kolleginnen und Kollegen zu schützen. Dass sie stattdessen die GdP auch noch dafür beschimpfen, dass wir 15 Monate hart mit dem Ministerium verhandelt haben, ist unfassbar!“

Arnold Plickert



Skandal-Unterbringung verhindert

Blutverschmierte Bettwäsche, mit Urin- und Spermaspuren behaftete Matratzen, durch Essensreste und Erbrochenes verschmutzte Teppichböden, völlig verdreckte Duschen und Toiletten – so sahen die Unterkünfte in einer früheren britischen Kaserne in Hameln aus, in der drei Einsatzhundertschaften aus NRW während des Obama-Besuchs untergebracht werden sollten. Für die GdP war damit die Grenze des Zumutbaren weit überschritten. Von den betroffenen Kräften alarmiert, hat sich GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert noch am selben Abend mit der Bitte um Abhilfe an den ver-

antwortlichen Hundertschaftsführer vor Ort gewandt. Die bereits am Freitag angereiste Wuppertaler Hundertschaft wurde daraufhin in einem Hotel untergebracht.

Am nächsten Morgen informierte Plickert auch Innenminister Ralf Jäger (SPD) in einem persönlichen Telefongespräch über die skandalösen Verhältnisse in der Kaserne. Nachdem alle Versuche, die völlig vergammelten Räume doch noch in einen bewohnbaren Zustand zu versetzen, gescheitert waren, wurden auch die am folgenden Tag nachgekommenen weiteren zwei Hundertschaften aus NRW anderswo untergebracht.

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) hat sich inzwischen für die Skandal-Unterbringung der NRW-Kräfte entschuldigt. Ein Erfolg, den

es ohne die massive Intervention der GdP nicht gegeben hätte! Damit sich ein derartiger Skandal nicht wiederholt, fordert die GdP trotzdem, dass der Fall in der nächsten Innenministerkonferenz thematisiert wird.



GdP fordert schusssichere Helme

Nach den Terroranschlägen von Paris hat das Innenministerium 10 000 Schutzwesten der Klasse 3plus angeschafft, die auch einem Beschuss mit Langwaffen standhalten. Die 7,5 Kilogramm schweren Westen werden in den Streifenwagen mitgeführt und können im Notfall sofort angelegt werden. Die Auslieferung der ersten 5000 Westen läuft bereits.

Weil das Innenministerium inzwischen das Sicherheitskonzept geändert hat und bei einem Terroran-

schlag in Zukunft bereits die Polizisten, die als erste vor Ort sind, gegen die Attentäter vorgehen sollen, statt auf das SEK zu warten, fordert die GdP, dass die Streifenwagen zusätzlich mit schusssicheren Helmen ausgestattet werden. Entsprechende Helme für den Wach- und Wechseldienst gibt es bereits in Baden-Württemberg und Bayern. In NRW sind sie nur für die Spezialeinsatzkommandos vorgesehen. Das reicht aber nicht. „Wenn der Wach-

und Wechseldienst künftig auch gegen schwerbewaffnete Terroristen vorgehen soll, muss er entsprechend ausgerüstet sein“, forderte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert Anfang Mai gegenüber der Rheinischen Post. Handlungsbedarf sieht die GdP auch bei der Maschinenpistole. Sie muss mit Laserpointern zur Zielerfassung nachgerüstet werden, damit die Polizisten auch weiter entfernt stehende Ziele besser anvisieren können.



Arbeit der Tutoren mehr anerkennen!

Mehr als 100 interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind der Einladung der GdP zum Ausbildungssymposium am 22. April nach Sprockhövel gefolgt. Eine Resonanz, die eindrucksvoll zeigt, wie stark sich alle Beteiligten bei der Polizei zurzeit auf die Mammutaufgabe vorbereiten, den Studiengang PVB nicht nur zukunftsorientiert weiterzuentwickeln, sondern auch auf die Aufnahme von deutlich steigenden Einstellungszahlen vorzubereiten.



Dass die meisten der dazu erforderlichen Maßnahmen bereits weit vorangeschritten sind, zeigten eindrucksvoll die von der GdP eingeladenen Referenten Dr. Kerstin Lüttke vom LAFP, Heike Wächterowitz vom PP Köln, Maike Neumann von der Jungen Gruppe Köln, Jürgen Zeitner von der FHöV NRW und Bert Brassé von der Polizeiakademie Eindhoven. Ein neuer Fachhochschulstandort in Mülheim a. d. R., ein optimierter Studienverlaufsplan, kürzere Trainingszeiten im LAFP, dafür mehr Trainingssequenzen in der

Praxis und eine Verlängerung des K-Praktikums stellen die gravierendsten Veränderungen dar. Doch wie bei allen Neuerungen gibt es auch im Bachelor-Studiengang Teilbereiche, wo es noch Optimierungsbedarf gibt. Ein Beispiel dafür ist die zu geringe Wertschätzung der Tutoren in den Behörden. Dabei kommt der Tätigkeit der Tutoren innerhalb des Studiums eine zentrale Bedeutung zu, weil die Tutorinnen und Tutoren den jungen Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärtern als Vorbilder dienen und für ihre Motivation wichtig sind. Doch wer motiviert die Tutoren? Eine zentrale Frage, denn die Polizei benötigt in den kommenden Jahren eine steigende Zahl an Tutoren, gerade auch im K-Bereich. Deshalb ist es wichtig, die Tätigkeit der Tutoren attraktiv zu ge-

stalten. Ihre Tätigkeit muss mehr gewürdigt und den Tutoren mehr Zeit für ihre zusätzliche Aufgabe eingeräumt werden. Zudem sollte jede Behörde prüfen, ob das Thema Ausbildung vor Ort in allen Bereichen verankert ist. So muss zum Beispiel sichergestellt sein, dass für die steigende Zahl an Studierenden ausreichend Arbeitsplätze, Spinde und Computer während des Praktikums zur Verfügung stehen. Denn nur so ist ein erfolgreiches Praktikum zu gewährleisten.

In der Fachhochschule sollten zudem mehr feste Stellen im Fachbereich Polizei mit Polizeivollzugsbeamten besetzt werden. Doch wie schon bei der Tutorentätigkeit mangelt es auch hier an dem dazu notwendigen Anreiz. Hier wäre ein Personalentwicklungskonzept hilfreich, damit die Lehre an der Fachhochschule als ein wichtiger Baustein in der eigenen beruflichen Entwicklung gewürdigt wird.

Die Studierenden brauchen wieder mehr gemeinsame Zeit, um als Team zusammenzuwachsen, um ein „Wir-Gefühl“ zu entwickeln – so lautete eine weitere Botschaft des Symposiums. Die Studierenden favorisieren dafür ein Campusmodell, damit sie während der Trainingsphase am LAFP vor Ort wohnen können.

Trotz der Kritik im Detail waren sich die Teilnehmer des Symposiums aber einig, dass die Ausbildung bei der Polizei in NRW auf guten Füßen steht.

Mehr Infos: www.gdp-nrw.de.

Frauennetzwerk in der Polizei geht an den Start

Statistiken belegen es: Netzwerke sind für die Karriereentwicklung wichtiger als Leistung und Fleiß. Erschreckend, aber wahr. Umso wichtiger ist es, dass sich auch die Frauen in der Polizei eigene Netzwerke aufbauen und pflegen. Männer machen das bereits seit Jahrzehnten. Deshalb hat sich die Frauengruppe der GdP das Thema Networking für dieses Jahr besonders auf die Fahne geschrieben. Im April fand bereits ein Seminar zu der Frage statt, wie sich Frauennetzwerke in der Polizei initiieren und weiterentwickeln lassen. Unter dem Titel „Frauennetzwerk(en) in der Polizei“ sollen die Überlegungen in einer HD-Tagung für Frauen im

Herbst auf eine breitere Basis gestellt werden.

Die Tagung findet am 25. Oktober in der Sportschule Kamen-Kaiserau statt. Sie ist als Folgeveranstaltung der ersten HD-Tagung für Frauen im Oktober 2015 angelegt, auf der viele Kolleginnen den Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung untereinander geäußert hatten. Interessierte Frauen



aus dem höheren Dienst können sich ab sofort anmelden.

Mehr Infos: julia.hoppe@gdp-nrw.de, Tel.: 0211/29 101 22.



Vier Jahre Blitz-Marathon: Ernüchternde Bilanz

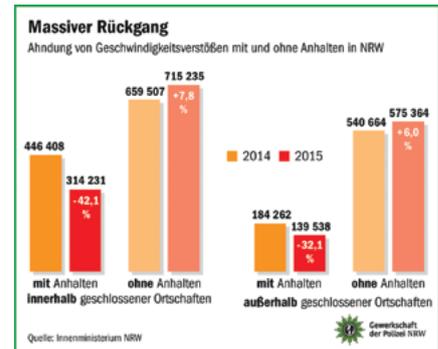
Vier Jahre nach dem Start des ersten Blitz-Marathons im Februar 2012 fällt dessen Bilanz bescheiden aus: 2012 gab es in NRW 529 Verkehrstote, im vergangenen Jahr waren es mit 521 kaum weniger. Auch die Zahl der Verkehrstoten, die auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen ist, ist in den vergangenen vier Jahren nicht gesunken. 2012 verursachten in NRW Raser den Tod von 159 Menschen, 2015 gab es 158 Raser-Tote. In den beiden Jahren dazwischen gab es sogar 173 Verkehrstote durch überhöhte Geschwindigkeit. Nimmt man die Zahl der Schwerverletzten hinzu, gab es in den vergangenen vier Jahren sogar einen Zuwachs. Sie stieg von 12 708 Schwerverletzten im Jahr 2012 auf 13 159 im vergangenen Jahr.

Dabei waren alle Fachleute lange Zeit davon ausgegangen, dass die Zahl der Verkehrstoten wegen der immer moderner werdenden Technik in den Autos weiter sinken müsste. Dass diese Entwicklung nicht eingetreten ist, ist einer der Gründe, warum nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Polizei die Nachhaltigkeit des Blitz-Marathons immer wieder infrage gestellt wird.

Auch die GdP hatte von Anfang an betont, dass punktuelle Aktionen wie der Blitz-Marathon zwar hilfreich sein können, um medienwirksam auf die Gefahren zu schnellen Fahren hinzuweisen, dass am Ende aber die Frage der Nachhaltigkeit entscheidend ist, ob der Blitz-Marathon Sinn macht oder nicht. Ausschlaggebend für dessen Wirkung ist

nicht die Zahl der an diesem Tag errichteten Kontrollstellen, sondern die Frage, ob auch an den 364 anderen Tagen im Jahr geblitzt wird und ob die erwischten Raser anschließend von der Polizei angehalten und über die Gefahren ihres Verhaltens belehrt werden. Doch genau daran hapert es. Weil die Polizei durch die steigende Alltagskriminalität, aber auch durch neue Bedrohungslagen wie die Gefahr islamistischer Terroranschläge, immer stärker belastet ist, zieht sie sich in vielen Behörden immer mehr aus der Verkehrsüberwachung zurück und überlässt diese Aufgabe zunehmend den Kommunen. Die Folge: Alleine im vergangenen Jahr ist in NRW die Zahl der bei Geschwindigkeitsverstößen außerhalb geschlossener Ortschaften erwischten Autofahrer mit anschließendem Anhalten um 32 Prozent gesunken, von 184 262 auf 139 538 Fälle. Noch stärker war mit 42 Prozent der Rückgang der Geschwindigkeitskontrollen mit Anhalten innerhalb geschlossener Ortschaften. Zuwächse gab es dagegen bei den Geschwindigkeitskontrollen ohne Anhalten. Verantwortlich dafür sind vor allem die Kommunen. Zwar tragen auch sie zum Aufbau eines Flächen-drucks gegen Raser bei, ihre Maßnahmen sind aber weniger effektiv, weil es dabei nicht zu einem verkehrspädagogischen Gespräch kommt.

Angesichts der verheerenden Verkehrsunfallentwicklung warnt die GdP davor, dass sich die Polizei noch stärker aus der Verkehrsüberwachung zurückzieht. „Fast jeden Tag



Weil die Polizei immer stärker durch andere Aufgaben belastet ist, ist die Zahl der Verkehrskontrollen mit Anhalten stark gesunken – mit fatalen Folgen für die Verkehrssicherheit.

gibt es in NRW einen Verkehrstoten. Auch in Zeiten einer terroristischen Bedrohung darf sich die Polizei deshalb nicht aus der Verkehrsüberwachung zurückziehen“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert Ende April im Vorfeld des nunmehr neunten Blitz-Marathons. Dass der Blitz-Marathon diesmal nur ein Halbmarathon war, mit deutlich reduziertem Personalaufwand und Kontrollen nur 16 statt an 24 Stunden, ist aufgrund der aktuellen Belastungssituation der Polizei dagegen richtig. „Wegen der starken Arbeitsbelastung in vielen Behörden wäre es unverantwortlich gewesen, Polizeikräfte aus anderen Bereichen abzuziehen und für den Blitz-Marathon zusätzliche Überstunden aufzubauen“, sagte Plickert gegenüber den Medien. „Ein weiterer Rückzug der Polizei aus der Verkehrsüberwachung wäre allerdings genauso fatal.“

Die Landesregierung muss endlich handeln!

Im vergangenen Jahr wurden in NRW 13 875 Polizistinnen und Polizisten im Dienst massiv beleidigt, bedroht oder sogar körperlich angegriffen. Das sind drei Prozent mehr als im Jahr zuvor. Bei 6161 Angriffen handelt es sich um Widerstandshandlungen. In 527 Fällen waren die Angriffe so schwer, dass die eingesetzten Beamten verletzt wurden, in 497 weiteren Fällen wurden sie sogar schwer verletzt. In vier Fällen han-

delt es sich um versuchten Mord oder Totschlag.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des neuen Lagebildes über die Gewalt gegen Polizisten hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Landesregierung aufgefordert, endlich auf die bedrohliche Entwicklung zu reagieren. Statt über die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für die Einsatzhundertschaften und die Einsetzung eines Polizeibeauftragten zu lamentieren, for-

dert die GdP von der Politik konkrete Maßnahmen zum Schutz der Polizistinnen und Polizisten. Dazu zählt die Einführung der in anderen Bundesländern längst bewährten Bodycam ebenso wie die Übernahme der Schmerzensgeldansprüche der im Dienst angegriffenen Kolleginnen und Kollegen. Zudem muss NRW endlich die Bundesratsinitiative anderer Länder unterstützen, Angriffe auf Einsatzkräfte konsequent zu bestrafen.



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 10.6. Hubert Sauer, Iserlohn
- 14.6. Wilhelmine Weidenhaupt, Eschweiler
- 17.6. Werner Hanke, Beckum
- 21.6. Anneliese Heck, Nümbrecht
- 22.6. Anneliese Hänsel, Hagen
- Helga Jung, Bestwig
- 25.6. Wilhelm Gouders, Aachen
- 30.6. Paul Engel, Steinfurt

91. Geburtstag

- 7.6. Margareta Au, Bonn
- 10.6. Walter Dobrzewski, Anklam
- 13.6. Günter Lorenz, Wuppertal
- 18.6. Hansdieter Spalding, Münster
- 21.6. Magda Bildat, Gelsenkirchen
- Ida Pawlowsky, Duisburg
- 26.6. Rudolf Rentsch

92. Geburtstag

- 1.6. Manfred Vetter, Düsseldorf
- 2.6. Wolfgang Schuster, Kamen
- 7.6. Margret Dobrowolski, Duisburg
- Hermann Hestermann, Hilden
- 12.6. Kurt Kulbatzki, Gelsenkirchen
- 15.6. Hildegard Neumann, Oer-Erkenschwick
- 22.6. Marlene Hansen, Mönchengladbach
- 24.6. Hildegard Heibert, Wolfschlügen
- 28.6. Rudolf Eichler, Euskirchen

93. Geburtstag

- 12.6. Hans-Werner Fischer, Herne
- 23.6. Margareta Theiner, Solingen
- 25.6. Elisabeth Appelbaum, Gütersloh
- 27.6. Ruth Wittfeld, Gelsenkirchen

94. Geburtstag

- 10.6. Irene Jung, Bochum
- 16.6. Maria Baum, Brühl
- 17.6. Alfred Müller, Gummersbach
- 19.6. Magda Wilmsen, Aachen
- 20.6. Margarete von der Ahe, Borchen
- 23.6. Johannes Nitsch, Hilchenbach
- 24.6. Hedwig Höppler, Viersen

- 27.6. Dietrich Brede, Hilden
- 30.6. Helga Jez, Gevelsberg

95. Geburtstag

- 19.6. Karl Wippermann, Detmold
- 24.6. Karl Hamacher, Aachen

96. Geburtstag

- 3.6. Waltraud Meiber, Hünstetten
- 24.6. Elli Willuweit, Detmold
- 26.6. Paul Konietzny, Eschweiler

97. Geburtstag

- 15.6. Gerda Strunk, Haan

98. Geburtstag

- 2.6. Willi Heppener, Düren

100. Geburtstag

- 29.6. Walli Helle, Dorsten

102. Geburtstag

- 19.6. Wilhelm Reuter, Dortmund

108. Geburtstag

- 20.6. Hilde Schwark, Wuppertal

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

Familientag 2016: Im Tal des Todes

Für den 10. Juli lädt die GdP ihre Mitglieder, ihre Familien und Freunde zum traditionellen Familientag ein. Nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr findet der Familientag 2016 erneut bei den Karl-May-Festspielen in Elspe statt. Ab 10 Uhr erwartet die GdP-Mitglieder ein neues Rahmenprogramm mit der spannenden Stuntshow „Nachts im Saloon“, der beeindruckenden Pferdeshow „Action horses cascadeur“ und der Musikshow „Dreams and memories“. Danach folgt auf Europas größter Freilichtbühne die Inszenierung von „Im Tal des Todes“.

Für das leibliche Wohl wird mittags in einem eigenen GdP-Bereich gesorgt. Dort ist auch ein idealer Treffpunkt, um sich fernab vom üblichen Polizeialltag mit den Kolleginnen und Kollegen auszutauschen und in Ruhe über alte Zeiten und aktuelle Herausforderungen zu reden. Am eigens eingerichteten Infostand stehen Vorstand und Geschäftsstelle der GdP gerne für Fragen zur Verfügung.

Die Eintrittskarten zum Familientag kosten für GdP-Mitglieder und ihre Freunde 19,00 Euro statt der sonst üblichen 29,90 Euro für Erwachsene. Für Kinder bis 15 Jahre reduziert sich der Eintrittspreis auf 14,50 Euro. Die ermäßigten Eintrittskarten müssen spätestens bis zum 20. Juni 2015 über die örtlichen Kreisgruppen bestellt werden.

Mehr Infos: 0211/29 10 112, stefanie.bauer@gdp-nrw.de.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (v.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Juli-Ausgabe ist der 3. Juni.

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: pinguin@gdp-reiseservice.de





**Kunden werben Kunden!
Sichern Sie sich einen
€ 25,- Reisegutschein
für Ihre Empfehlung**

Italien - Dolce Vita am Gardasee 28.09. bis 5.10.2016

**8-tägige Gruppenreise inklusive Flug ab/bis Köln
Unterbringung im 4*-Hotel mit Halbpension
Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 649,-**

Portugal - Silvester auf Madeira Lichtermeer im Atlantik 27.12.2016 bis 3.1.2017

**8-tägige Gruppenreise inklusive Flug ab/bis Köln
Unterbringung im 4*-Hotel mit Halbpension,
1 x Silvesterbuffet mit Getränken, Besuch des Feuerwerks
in Funchal mit Platzreservierung und Neujahrsekt
Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.299,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführlichen Ausschreibungen an.

**GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -44/-45/-63/-64
www.gdp-reiseservice.de**



Wir sind GdP

„Auch wir sind die Polizei“ – unter diesem Motto stand Ende April ein Seminar für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte in Wildbergerhütte. Mit dem Seminar führt die GdP eine bereits Ende vergangenen Jahres gestartete Initiative fort, mit der eine bessere Vertretung der Verwaltungsbeamten in der Polizei sichergestellt werden soll.

In der Vergangenheit war immer wieder zu beobachten, dass die in den Behörden freigewordenen Stellen für Verwaltungsbeamte nicht nachbesetzt worden sind. Nicht selten haben sich zudem der Polizei zugewiesene junge Regierungsinspektorinnen und -inspektoren an andere Behörden in NRW wegbeworben, weil ihnen dort bessere Beförderungsmöglichkeiten angeboten werden. Für die GdP ist das nicht akzeptabel. Sie fordert, dass in NRW endlich genügend Verwaltungsbeamte ausgebildet werden, damit keine Behörde Verwaltungsbeamte abwerben muss, und dass es auch in der Poli-



zei für die Verwaltungsbeamten bessere Aufstiegs- und Fortbildungsmöglichkeiten gibt. Denn die Verwaltungsbeamten werden dringend gebraucht, weil sie Aufgaben wahrnehmen, für die die Polizisten nicht ausgebildet sind.

„Bessere Rahmenbedingungen für die Verwaltungsbeamten sind längst überfällig“, betonte in Wildbergerhütte der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Wolfgang Spies, der das Treffen mit vorbereitet hatte. „Nur mit einem guten Personalbestand in allen Berufsgruppen können wir gute Polizeiarbeit leisten.“ Um dieses Ziel zu erreichen, will die GdP in den kommenden Jahren den politischen Druck erhöhen, damit das Finanz- und das Innenministerium die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die der Polizei zugewiesenen Verwaltungsbeamten tatsächlich bessere berufliche Perspektiven vorfinden. Zudem will die GdP regelmäßig Seminare zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch anbieten.

Dass auch die Behörden selbst einen Handlungsbedarf bei den Verwaltungsbeamten sehen, zeigt sich auch daran, dass die GdP den neuen Mönchengladbacher Polizeipräsidenten Mathis Wisselmann als einen der Seminarreferenten gewinnen konnte. Innerhalb des GdP-Vorstands wird sich in Zukunft Volker Huß um die Verwaltungsbeamten kümmern.

Glücksnummern des Monats

45 17004
Melanie Thimm, Münster
45 07795
Markus Kehl, LAFP
45 15001
Armin Duisberg, Bergisches Land
45 19635
Judith Sander, Gelsenkirchen

Die Gewinner erhalten ein GdP-Slingpack „City“.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düsseldorf

Seniorenstammtisch, jeden ersten Montag im Monat, 14:00 Uhr, Weinbar La Piccola Toscana, Gertrudisplatz 12, 40229 Düsseldorf

Kreisgruppe Heinsberg

16. Juni, 15:00 Uhr, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler, Aktuelle Gewerkschaftspolitik, Jahresausflug, Seniorenbetreuung

Kreisgruppe Köln

16. Juni, 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Georgstr. 2-4/Ecke Waidmarkt, 50676 Köln, KHK'in Angelika Platthaus zum Thema „Vorbeugung und Opferschutz“ und Kollege Dirk Beerhenke zum Thema „Senioren im Netz“.

Kreisgruppe Unna

29. Juni, 15:00 Uhr, Seniorengillen, Evangelisches Gemeindehaus, Perthesstraße 8, 59174 Kamen, Anmeldung: Alfred Weber, Telefon 0 23 07/27 93 92

NACHRUFE

Egon Feyerabend	29.05.1928 Autobahnpolizei Düsseldorf	Hans Bollmann	23.09.1940 Krefeld
Paul Hadamek	28.11.1934 Bergisches Land	Klaus Strachowitz	02.03.1935 Krefeld
Klaus-Peter Nolte	04.04.1944 Bergisches Land	Erich Semke	05.03.1932 LZPD NRW
Günter Piontek	29.10.1934 Bergisches Land	Dieter Koss	26.07.1939 Mettmann
Werner Hilge	01.06.1949 Bochum	Hans Struwe	28.02.1934 Mettmann
Hans-Rainer Schröter	15.12.1937 Bonn	Dieter Bettmann	26.08.1938 Mönchengladbach
Bruno Lenfers	05.01.1940 Borken	Herbert Sackermann	17.08.1939 Mönchengladbach
Gertrud Dzykowski	29.03.1924 Ennepe-Ruhr	Johann Schmutz	05.03.1953 Mönchengladbach
Maria Weigang	25.03.1923 Ennepe-Ruhr	Lieselotte Basner	26.06.1927 Münster
Wilhelm Aufmhof	01.02.1954 Essen/Mülheim	Franz Mattern	06.06.1920 Siegen
Edeltraud Spaniol	30.05.1931 Gerresheim	Günter Oynhausen	08.01.1950 Steinfurt
Hans-Dieter Heier	21.12.1937 Hagen	Norbert Weidl	13.09.1959 Unna
Walter Schmidt	31.03.1930 Hagen	Hans Kempken	07.06.1949 Wasserschutzpolizei NRW
Horst Schäfer	19.11.1937 Hamm	Charlotte Maaß	21.10.1921 Wesel
Hans-Georg Mies	23.07.1939 Köln		

